Beschlussvorlage

2025/1080/KA/1

Absender Stabsstelle Mobilität, Klimaschutz, nachhaltige Kreisentwicklung und Umweltbildung

Beratungsfolge	Termin
Kreisausschuss	20.10.2026
Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt	05.11.2026

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion
Fahrradweg entlang der Kreisstraße K 768 zwischen Steinbach und Oberhöchstadt

Beschluss

In Erledigung des Kreistagsbeschlusses wird der Sachstandsbericht zum Fahrradweg entlang der Kreisstraße K 768 zur Kenntnis genommen.

Begründung

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.12.2025 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreisausschuss wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des BPVU über den Sachstand zum Fahrradweg entlang der Kreisstraße K 768 zwischen Steinbach und Oberhöchstadt zu berichten und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Kostenstruktur und Kostentreiber
1.1 Welche wesentlichen Faktoren treiben die Gesamtkosten des Projekts?
1.2 Wie hoch sind die jeweiligen Kostenansätze der Teilbereiche im Einzelnen, und wie groß sind die Abweichungen gegenüber den ursprünglich vorgesehenen bzw. kommunizierten Planansätzen?
1.3 Welchen konkreten Anteil hat der Grundstückserwerb an den Gesamtprojektkosten? Wir bitten um Darstellung: der geplanten vs. tatsächlichen Kostenpositionen, der Gründe für etwaige Kostensteigerungen,
der Anzahl und Art der Grundstücke sowie der Verhandlungssituationen.
1.4 Welche Kostentreiber liegen im Verantwortungsbereich der internen Verwaltung des Hochtaunuskreises? Bitte erläutern Sie insbesondere:
interne Planungs- und Prüfprozesse,
technische Anforderungen,
Abstimmungsnotwendigkeiten,
projektinterne Verzögerungen oder Änderungen.

2. Umsetzungsdauer und Verfahrensabläufe Auszug aus der 31. Sitzung des Kreistages 2 von 3
2.1 Welche Faktoren haben zur bislang langen Dauer der Planung und Umsetzung des Projekts geführt?
2.2 Welche einzelnen Verfahrensschritte waren und sind noch erforderlich (z. B. Vorplanung, Genehmigungsplanung, naturschutzrechtliche Prüfungen, Förderanträge, Abstimmungen mit Hessen Mobil o. ä.), und wie viel Zeit wurde bzw. wird jeweils dafür benötigt?
2.3 Welche Behörden, Stellen und externen Akteure waren bzw. sind involviert, und welche Bearbeitungs-zeiten ergeben sich jeweils aus deren Zuständigkeiten?
2.4 Gab es einzelne Verfahrensschritte, die außergewöhnlich viel Zeit beansprucht haben? Bitte begründen Sie dies jeweils.

3. Optimierungsmöglichkeiten
3.1 Welche organisatorischen, rechtlichen oder technischen Maßnahmen schlägt der Kreisausschuss vor, um bei künftigen Projekten dieser Art kürzere Verfahrensdauern und geringere Gesamtkosten zu erreichen?
3.2 Welche konkreten Änderungen in Abläufen, Prioritätensetzung, Standardisierungen oder Kooperations-strukturen könnten nach Einschätzung der Verwaltung eine Beschleunigung erzielen?

4. Weitere Radwege des Kreises / Projektübersicht
4.1 Wie ist der aktuelle Sachstand sämtlicher weiterer Radwegprojekte des Hochtaunuskreises, die sich in Planung, Abstimmung oder Umsetzung befinden? Bitte listen Sie diese einzeln auf – inklusive Planungsstand, Zeitplan und Kostenansatz (geplant und Ist).
4.2 Gibt es Radwegprojekte im Kreis, bei denen ähnliche Verzögerungen oder Kostenentwicklungen auftreten? Falls ja, bitten wir um Darstellung der jeweiligen Ursachen und möglicher Vergleichsmuster.
4.3 Welche Radwege mussten aufgrund fehlender Kapazitäten, personeller Engpässe, ungeklärter Zuständigkeiten oder Finanzierungsfragen zurückgestellt werden?

5. Finanzierung, Prioritätensetzung und Kostenvermeidung
5.1 Wie stellt sich die aktuelle Förder- und Finanzierungsstruktur für Radwege im Hochtaunuskreis dar (Landesmittel, Bundesmittel, kommunale Eigenanteile)? Bitte getrennt nach Projektvolumen, Förderquote und Bindungsfristen.
5.2 Welche Strategien verfolgt der Kreis, um Kostenexplosionen wie beim Radweg Steinbach-Oberhöchstadt bei künftigen Projekten zu vermeiden? Bitte gehen Sie insbesondere auf Risikomanagement, Standardisierung und Priorisierung ein.
5.3 Welche Kriterien legt die Verwaltung an, um zu entscheiden, welche Radwegprojekte in welchem zeitlichen Rahmen umgesetzt werden – insbesondere bei begrenzten Haushaltsmitteln?
5.4 In welchen Projekten wurden bereits Kosten eingespart oder Verfahren beschleunigt, und welche Lehren lassen sich daraus auf andere Radwege übertragen?
5.5 Welche zusätzlichen Ausgabenrisiken ergeben sich aus naturschutzrechtlichen, technischen oder förderrechtlichen Vorgaben, und wie können diese im Planungsprozess frühzeitig begrenzt werden?“

In Erfüllung des Beschlusses wird der Bericht zur Kenntnis gegeben.

gez. Ulrich Krebs
Landrat

Anlage(n):
1. Bericht K 768